

Gewerkschafter fürchten Aus für Germanwings

FRANKFURT/KÖLN (dpa) - Gewerkschafter und Personalvertreter haben der Lufthansa vorgeworfen, die Corona-Krise für einen rabiaten Konzernumbau nutzen zu wollen. Man gehe davon aus, dass noch in dieser Woche die Schließung der Lufthansa-Tochter Germanwings verkündet werden solle, heißt es in einer Petition, die von Vertretern der Gewerkschaften Ufo und Vereinigung Cockpit unterzeichnet ist. Die rund 1400 Beschäftigten und ihre Familien würden mit Arbeitslosigkeit und dem Entzug ihrer Existenzgrundlage bedroht. Das Unternehmen bezeichnete die angeblichen Schließungspläne am Montag als „Spekulationen“, zu denen es keine Beschlussvorlage des Vorstands gebe. Derzeit würden die Optionen für Germanwings überprüft. Der Konzern hatte in einer Pressemitteilung in der vergangenen Woche die Zukunft des Flugbetriebs zu den Verhandlungen um die Aufstockung des Kurzarbeitergelds infrage gestellt. Bislang gibt es für die rund 1400 Beschäftigten der Germanwings, anders als bei der Lufthansa-Mutter, keine Vereinbarung wegen Kurzarbeitergeld.

Die Gesellschaft aus Köln mit 30 Flugzeugen und rund 1400 Beschäftigten fliegt seit Jahren nicht mehr unter eigenem Namen, sondern ist ausschließlich für die Eurowings unterwegs. Beide Gewerkschaften stellen das Arbeitgeber-Argument infrage, dass die wirtschaftliche Situation der Germanwings nicht die Übernahme der Lufthansa-Regelungen rechtfertige. Schließlich handele es sich um eine 100-prozentige Tochter.

Bei der 2002 gestarteten Germanwings arbeiten noch einige Piloten nach den Regeln des Lufthansa-Konzernvertrages und sind daher vergleichsweise teuer. Sie müssten auch im Fall einer Schließung weiter bei der Lufthansa beschäftigt werden. Bereits vor der Corona-Krise hatte Eurowings das Ziel formuliert, ihre bislang wesentlich auf drei Flugbetriebe verteilte Flotte auf einen zu konzentrieren.

Bei einer anderen Lufthansa-Tochter wird indes der Flugbetrieb länger ausgesetzt. Statt am 20. April solle es nun für die belgische Fluggesellschaft Brussels erst am 15. Mai wieder losgehen, teilte das Unternehmen am Montag in Brüssel mit. Bis dahin solle nur eine kleine Zahl von Rückholflügen für gestrandete Menschen im Ausland stattfinden.

Kurz berichtet

BMW-Produktion steht vorerst bis Ende April still

MÜNCHEN (dpa) - BMW hat den Produktionsstopp in seinen Werken in Europa und Nordamerika bis Ende April verlängert. Wegen der Corona-Pandemie sei „mit einem weiteren Rückgang der Nachfrage auf den Automobilmärkten“ zu rechnen, teilte BMW am Montag mit. Weil die Autohäuser geschlossen seien, „wird es noch länger dauern, bis die Märkte sich wieder erholen“. Von Januar bis Ende März hatte BMW 20,6 Prozent weniger Autos verkauft als im Vorjahr. Am stärksten traf es den Markt in China: Dort brachen die Verkaufszahlen um 31 Prozent ein, in Europa um 18 Prozent und in den USA um 17 Prozent.

Optik-Unternehmen spendiert Brillen für Ärzte und Pfleger

WENDLINGEN (sz) - Die Optikerkette pro optik schenkt Ärzten und Pflegekräften in Deutschland Brillen mit Gläsern in der benötigten Sehstärke. Die Aktion, über die die Kette am Montag informierte, gilt bis zum 15. Mai. Berechtigt seien rund 500 000 Ärzte und knapp 1,1 Millionen Pflegekräfte in Deutschland. Als systemrelevante Dienstleister der Gesundheitsbranche sind Optiker nicht von den Zwangsschließungen betroffen. Die Aktion gilt in allen teilnehmenden Fachgeschäften der pro optik Gruppe, die aktuell geöffnet haben.

Den schlechten Nachrichten aus England trotzen

Rolls-Royce Power Systems in Friedrichshafen will zehn Prozent der Personalkosten einsparen

Von Alexander Tutschner

FRIEDRICHSHAFEN - Der britische Rolls-Royce-Konzern will im Zuge der Corona-Krise weltweit zehn Prozent der Personalkosten einsparen. Von den Maßnahmen ist auch Rolls-Royce Power Systems (RRPS) in Friedrichshafen betroffen. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang unter anderem über die Einführung von Kurzarbeit. Der Betriebsratsvorsitzende Thomas Bittelmeyer kritisiert die geplanten Maßnahmen im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ stark. Sie dienten nur dazu, dem stark angeschlagenen Mutterkonzern in England Liquidität zu verschaffen.

„Wir steuern insgesamt auf ein positives Jahr zu“, sagt Bittelmeyer über RRPS. „Ich gehe von einem Gewinn aus.“ Trotz der bereits im vergangenen Jahr vereinbarten Betriebsruhe für diese Woche arbeiten laut Bittelmeyer beim Motorenbauer 1000 (von insgesamt 6000) Mitarbeitern am Standort Friedrichshafen. Sie versuchen Verzögerungen aufzuholen, die aufgrund der neuen Corona-Sicherheitsbestimmungen entstanden seien. Auch an den Samstagen sei in den vergangenen Wochen gearbeitet worden. „Es ist nicht so, dass die Leute Däumchen drehen“, sagt der Betriebsratsvorsitzende. Der Markt breche für RRPS nicht ein.

Warum also die Sparmaßnahmen? „Rolls-Royce PLC hat massive finanzielle Probleme“, sagt Bittelmeyer dazu. Der Mutterkonzern verdiene als Turbinenhersteller vor allem an den Flugstunden der Flugzeuge über entsprechende Serviceleistungen. Da gerade 95 Prozent davon am Boden stünden, „verdienen die kein Geld und machen dem Gesamtbereich Verluste“. Technische Probleme mit dem neuen Trent-1000-Getriebe hatten Rolls-Royce zuletzt ebenfalls viel Geld gekostet.

Der Friedrichshafener Motorenbauer weist die Sicht des Betriebsrats zurück. Auf Anfrage der „Schwäbischen Zeitung“ betonte ein Sprecher, dass RRPS die Entscheidung über die Sparmaßnahmen selbst getroffen habe und nicht der Mutterkonzern. „Weil wir unser Geschäft am besten kennen, liegt es auch an uns, mit Augenmaß die richtigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen.“ So sollten diese auch mit Blick auf die Liquidität des gesamten Kon-



Der britische Triebwerksbauer Rolls-Royce zieht wegen der hohen Unsicherheiten und des Einbruchs des Luftverkehrs infolge der Coronavirus-Pandemie seine Prognose für 2020 zurück.

FOTO: FELIX KÄSTLE/DPA

zerns getroffen werden, „vor allem aber in dieser herausfordernden Situation auf unser Geschäft zugeschnitten sein“. Maßnahmen wie etwa Kurzarbeit würden derzeit geprüft und mit den Arbeitnehmervertretern diskutiert.

RRPS hatte am Montag in einer Mitteilung Schritte des Geschäftsberichts Power Systems und des gesamten Rolls-Royce-Konzerns angekündigt, „um die finanzielle Liquidität zu gewährleisten“. Der Vorstandsvorsitzende Andreas Schell hatte sich außerdem mit einem Brief an die Mitarbeiter gewandt, in dem er Ankündigungen von Rolls-Royce-CEO Warren East darstellte. Der Brief liegt der „Schwäbischen Zeitung“ vor. Die Corona-Pandemie verursache einen wirtschaftlichen Rückgang auf globaler Ebene, schreibt Schell. Auch RRPS sei betroffen. Man gehe davon aus, dass Erholung oft nur mittel- und langfristig einsetzen werde. Es handle sich

nicht um eine kurzfristige Delle. „Wir werden nicht zügig zu einer alten Ausgangslage zurückkehren“, schreibt Schell. Der Gesamtkonzern hat am Montag seine Prognose für 2020 zurückgezogen und die Schluss-Dividende für 2019 ausgesetzt. Konzernchef East kündigte zudem an, dass man sich eine neue Kreditlinie in Höhe von 1,5 Milliarden Euro gesichert habe.

Dass man jetzt den Konzern in irgendeiner Form unterstütze, sei in Ordnung, sagt Bittelmeyer dazu, aber „wir werden mit aller Macht versuchen zu verhindern, dass Rolls-Royce PLC zu einem Kahlschlag ansetzt“. Es dürfe nicht zulasten von RRPS mit der Kernmarke MTU gehen, indem man wild Personal reduziere. Entlassungen seien in diesem Zusammenhang ohnehin nicht möglich. „Wir haben eine gültige Standort- und Beschäftigungssicherung“, sagt Bittelmeyer. Diese läuft bis 2023, „es wird keine betriebsbedingten

Entlassungen geben“. Da, wo es Arbeit gebe, müsse man Umsätze generieren, sagt Bittelmeyer in Bezug auf den Standort Friedrichshafen. Der Mutterkonzern komme immer mit der Schere, „leider setzt Herr Schell das 1:1 um“, so Bittelmeyer.

Die Personalkosten sollen laut RRPS-Mitteilung global um zehn Prozent gesenkt werden. Die Maßnahmen dazu würden je nach regionaler Rechtslage noch detaillierter ausgearbeitet. Das Startdatum soll der 1. Mai sein. Laut RRPS sollen die Führungskräfte freiwillig temporär auf zehn Prozent ihres Gehalts verzichten. Der Vorstand habe das für sich bereits beschlossen. Außerdem gehe es in Deutschland um Arbeitszeitereduzierungen, zum Beispiel in Form von Kurzarbeit. Auch alle Leiharbeitsverhältnisse sollen auf Notwendigkeit überprüft werden, heißt es in der Mitteilung weiter. Und es gibt einen Stopp sämtlicher Neueinstellungen. RRPS kündigt außerdem

strengste Kostendisziplin bei Reisen und Vergabe von Dienstleistungs- und Beraterverträgen an und den Stopp sämtlicher nicht-geschäftskritischer Ausgaben.

Kurzarbeit macht für Bittelmeyer nur Sinn, wenn keine Arbeit mehr da sei. Das drohe zum Beispiel, wenn die Krankheitsquote wegen Corona so ansteige, dass man die Produktion nicht aufrechterhalten könne. „Das ist heute nicht der Fall.“ Auch die Teileversorgung sei bis Kalenderwoche 17 oder 18 gesichert. Kurzarbeit, um die Personalkosten zu reduzieren, „würden wir auf keinen Fall mitmachen“. Einen freiwilligen Gehaltsverzicht der meisten Führungskräfte hält Bittelmeyer für nicht umsetzbar, da deren Gehälter tariflich geregelt seien. „Wenn ich da was machen will, muss ich an den Tarifvertrag ran“, sagt er. Das Unternehmen erkläre, dass der freiwillige Gehaltsverzicht nur für Führungskräfte diskutiert werde, die nicht tariflich gebunden sind.

Schell verweist in seinem Schreiben an die Mitarbeiter auf positive Signale im ersten Quartal. Der Verkauf verzeichne einen guten Auftragszugang. Im Bereich Governmental Marine habe man langfristige Verträge mit einem Wert von über 100 Millionen Euro zeichnen können. Auch in China arbeite man erfolgreich daran, das Geschäft wieder zum Laufen zu bringen, schreibt Schell. Die Diversifizierung des Unternehmens in 13 Industrien biete jetzt Chancen. Einige würden sich schneller und andere langsamer erholen. Man habe zum Teil eine systemkritische Rolle, etwa bei der stationären Notfall-Stromversorgung, dem Transportwesen und im Bereich Governmental.

Auch Bittelmeyer sieht Chancen für RRPS, was etwa die Stromversorgung von Notkrankenhäusern betrifft. Ob der Mutterkonzern Rolls-Royce seine finanziellen Probleme am Ende in den Griff bekommen wird, kann Bittelmeyer nicht sagen. „Mein Ziel als Betriebsrat ist aber, dass das Unternehmen am Ende so gut dasteht und so attraktiv ist, dass Rolls-Royce bei einem massiven Liquiditätsengpass ein Interesse hat, uns zu einem möglichst guten Preis zu verkaufen“, sagt der Betriebsratsvorsitzende, „und uns nicht mit in seinen Strudel runterreißt. Und am Schluss gehen wir dann mit kaputt.“ Es gehe schließlich um 10 000 Mitarbeiter weltweit.

Ein Hoffnungsschimmer in der Krise

Bund und Steinbeis-Stiftung starten Beratungsangebot, um Unternehmen auf den Restart vorzubereiten

Von Martin Deck

RAVENSBURG - Winfried Küppers blickt mit Sorge auf die Entwicklungen in China. Obwohl dort die Wirtschaft nach dem Lockdown wieder angelaufen ist, funktioniere bei Weitem noch nicht alles wieder nach Plan. „Die Firmen haben massive Probleme, ihre Aufträge zu erfüllen. Es gibt große Lieferengpässe und einen Fachkräftemangel durch die vielen Krankheits- und Todesfälle“, sagt der Vertriebsanalyst der Steinbeis-Stiftung des Landes Baden-Württemberg. „Jetzt wird erst einmal die heimische Wirtschaft bedient. Firmen aus Europa, die bereits Aufträge getätigt haben, werden diese wohl nie erhalten.“

Um ähnlich Probleme in Deutschland zu verhindern und Unternehmen auf die Zeit nach der Corona-Krise vorzubereiten, hat der Bund zusammen mit der Steinbeis-Stiftung am Freitag einen weiteren Baustein zur Zukunftssicherung der Unternehmen bis 250 Mitarbeiter beschlossen: Ab dem heutigen Dienstag können Firmen Beratungsgutscheine im Wert von 6000 Euro in Anspruch nehmen. Die landeseigene Stiftung erhöht die vom Bund beschlossene Förderung von 4000 Euro freiwillig um 2000 Euro. „Wir wollen helfen, etwas Ruhe in diese aufreibende Phase reinzubringen“, sagt Küppers im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeit-

ung“. Die Steinbeis-Stiftung, die den Zweck hat, der gesamten Wirtschaft Baden-Württembergs wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, wird Unternehmen beratend zur Seite stehen und Unterstützung zu Themen wie KfW-Kreditanträge, neue Geschäftskonzepte in der Krise, Kundenkommunikation oder Planung des Restarts geben. Denn, das betont Küppers mehrfach, eine richtige Vorbereitung auf die Zeit nach dem Lockdown sei extrem wichtig: „Wir gehen davon aus, dass man bis zu drei Monate gewinnt, wenn man proaktiv handelt und nicht erst, wenn die Wirtschaft wieder hochgefahren wird.“

Nach Ansicht von Küppers werde der Restart nicht linear in allen Branchen und Zulieferstufen gleichzeitig erfolgen. „Entscheidend für den gelungenen Restart ist, dass man bereits vorher und noch in der Krise einen sehr guten Kontakt zu den Kunden aufbaut, damit der Restart planbar wird“, sagt der Vertriebsanalyst, denn: „Nur weil irgendwann die Schulen wieder geöffnet werden, heißt das noch nicht, dass sofort wieder Autos gekauft oder Fernreisen gebucht werden.“

Hierbei will die Steinbeis-Stiftung mit vorerst 40 Beratern den Unternehmen unter die Arme greifen, um notwendige Umstrukturierungen

wie Kurzarbeit, Homeoffice, geänderte Produktionszeiten und neue Prozesse möglichst problemlos zu etablieren. Ein Anrecht auf die Beratung, die dank der Förderung von Bund und Land für die Unternehmen komplett kostenlos ist, haben alle Firmen von einem bis zu 250 Mitarbeitern, „wenn sie Auswirkungen der Corona-Krise spüren“, erklärt Winfried Küppers. Das ist etwa bei Umsatzeinbrüchen der Fall oder der Einführung von Kurzarbeit, aber auch schon, wenn aufgrund der Pandemie im Homeoffice gearbeitet wird. Da nahezu alle Wirtschaftszweige von den aktuellen Einschränkungen betroffen sind, rechnet die Steinbeis-Stiftung mit mehreren tausend Anträgen auf Beratung. Küppers sieht dennoch keine Engpässe und verspricht, dass alle Anträge ab Ostern innerhalb von 48 Stunden bearbeitet werden.

Geplant sind Videokonferenzen mit mehreren Firmen, aber auch individuelle Beratungen über mehrere Tage und Wochen hinweg, in denen die Unternehmen ihre Fragen beantwortet bekommen. Dabei ist es der Landesstiftung besonders wichtig, auch auf die Chancen hinzuweisen, die die aktuelle Situation mit sich bringt. „Die Krise ist ein enormer Weckruf für die Wirtschaft“, sagt Küppers. „Das ist ein riesiger Wandel, der da gerade passiert. Den gilt es zu nutzen.“ Der Vertriebsanalyst

nennt drei wesentliche Punkte, die sich nun verändern werden. Erstens: der Einsatz neuer Medien. „Oft ist gerade der Widerstand der Mitarbeiter gegen neue Entwicklung recht groß. Jetzt müssen alle mitziehen.“ Zweitens: zeiteffizientere Arbeit. Durch Videokonferenzen oder die Kommunikation über Messenger-Dienste, fielen derzeit viele lange Besprechungen weg, unnötige Fahrten würden vermieden. Drittens: eine Regulierung der Preise. „Unternehmen, die im Preiskampf Leistungen zu Dumpingpreisen angeboten haben, werden die Krise wahrscheinlich nicht überleben. Dadurch wird der B2B-Markt gesunden.“ Auch lohne es sich für Firmen jetzt, nach neuen Zulieferern aus der EU oder im besten Fall aus Deutschland Ausschau zu halten, um für künftige Krisen besser gerüstet zu sein.

Winfried Küppers ist davon überzeugt, dass die Steinbeis-Stiftung bei der Umsetzung vielen Firmen helfen kann. „Ich bin täglich in Gesprächen mit Geschäftsführern. Natürlich haben viele gerade große Angst. Aber die Bereitschaft, sich zu verändern, ist gerade im Mittelstand extrem hoch.“ Das Hilfsprogramm läuft vorerst bis Ende des Jahres. „Daran sieht man, dass es voraussichtlich noch eine ganze Weile dauern wird, bevor die Wirtschaft wieder voll hochgefahren ist“, sagt Küppers. „Umso wichtiger ist es, richtig vorbereitet zu sein.“



Winfried Küppers und die Steinbeis-Stiftung des Landes wollen Unternehmen für den Restart nach der Corona-Krise vorbereiten.

FOTO: ULI REGENSCHEIT/PR